

Thüringer Staatskanzlei
Ministerpräsident
Bodo Ramelow
Postfach 90 02 53

99105 Erfurt

Ansprechpartner: Martin Truckenbrodt
Vorstand
Telefon: 036766 84790
E-Mail: mt@henneberg-itzgrund-franken.eu

Datum: 9. September 2018

Franken im Freistaat Thüringen – Umsetzung unserer Kernforderungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben vor fünf Jahren unseren Verein gegründet, um zu erreichen, dass die Thüringer Landespolitik wieder die vor allem kulturelle aber auch historische Eigenständigkeit unserer Region südlich des Rennsteigs, also die Existenz eines fränkischen Teils des Freistaats Thüringen, anerkennt, dazu steht und dies auch lebt. Es geht uns also darum Aspekte der aktuellen Thüringer Landespolitik zu ändern oder zu beenden, welche mit dem Mauerbau begonnen haben, also unter Einfluss des Kalten Krieges entstanden sind. In diesem Sinne haben wir uns Ende September 2015 mit einem Offenen Brief an die derzeitige Landesregierung gewandt. Erst die inhaltliche Missachtung dieses Schreibens veranlasste uns dazu, Ende August 2016 als Druckmittel ein Verfahren nach Art. 29 GG (7) zu starten, welches wir im Januar dieses Jahres von uns aus abgebrochen haben.

Wir wendeten uns dann Ende Januar 2018 noch einmal an die Thüringer Landesregierung verbunden mit der Bitte sich bis zum Sommer dieses Jahres unseres oben beschriebenen Kernanliegens anzunehmen.

Bereits Ende Juni 2017 hatten wir auf der Veste Heldburg ein sehr gutes persönliches Gespräch mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, welches leider keine Fortsetzung fand. U.a. überreichten wir Bodo Ramelow im Laufe dieses Gesprächs eine kleine Liste von vier Kernforderungen mit deren Erfüllung wir unser Kernanliegen (siehe oben) als erfüllt betrachten würden.

Den genannten Offenen Brief haben wir verfasst, nachdem wir trotz mehrerer Anläufe und Versuche zwei Jahre lang kein Gehör für unser Kernanliegen in der jeweiligen Thüringer Landesregierung gefunden haben. Die 13 dort enthaltenen, als Forderungen formulierten, Punkte sollten zeigen, wie tiefgreifend und vielschichtig sich diese Thematik eigentlich darstellt und auch welche Potentiale sich darin verbergen. Natürlich fehlt es uns für einen Teil dieser Forderungen an demokratischer Legitimation und einem entsprechenden politischen Auftrag, diese durchsetzen zu können. Die Ende Juni 2017 mitgeteilten Kernforderungen zur Erfüllung unseres Kernanliegens bedürfen dieser Legitimation jedoch nicht, da sie ausschließlich die Berücksichtigung von Tatsachen im Sinne des demokratischen Grundrechts auf kulturelle und historische Selbstbestimmung unserer Region einfordern.

Die Arbeit unseres Vereins der letzten knapp fünf Jahre war nie gegen den Freistaat Thüringen gerichtet. Auch wenn unsere Ideen zu den Themen Tourismus und Europäische Wirtschaftsräume der Metropolregionen bisher auf eher wenig Interesse stießen, so haben wir beim Eisenbahnlückenschluss Südwestthüringen-Oberfranken (Werrabahn) einiges erreicht. Hier sei vor allem die positive Entscheidung des Coburger Kreistags vom 26. Juli 2018 erwähnt, welche maßgeblich auf unser Rundschreiben vom 27. Mai 2018 zurückzuführen ist. Deutlich erkennbaren Einfluss haben wir auch auf die Diskussion um Verwaltungs-, Struktur-, Funktional- und Gebietsreform nehmen können. Insbesondere die von der Thüringer Landesregierung angekündigte und versprochene Berücksichtigung kultureller und landsmannschaftlicher Gegebenheiten und historisch gewachsener Strukturen erlauben wir uns zumindest teilweise auf unser Engagement zurück zu führen, waren wir doch laut unserem Kenntnisstand die einzige Organisation, die diese Aspekte wiederholt in die Diskussion einbrachte. Aber auch den geplanten Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte erlauben wir uns größtenteils uns zu zuschreiben, haben wir doch bereits erstmals im Januar 2015 mit unserer offiziellen Stellungnahme zu diesem Thema die Aufwertung der Planungsregionen des Freistaats Thüringen zu einer Art selbstverwalteter Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte empfohlen.

Wir haben nun vor wenigen Monaten erfahren, dass der 2019 gemeinsam in Sonneberg und Neustadt bei Coburg stattfindende „bayerische“ Tag der Franken auch von der Thüringer Landesregierung unterstützt werden wird, und dass es auch inhaltlich sozusagen ein thüringisch-bayerisches Gemeinschaftsprojekt werden wird. Auch an dieser Entwicklung erlauben wir uns zumindest einen gewissen Anteil zuzuschreiben.

Wir sehen nun den passenden Zeitpunkt gekommen, um die oben genannten, aus der DDR-Zeit stammenden, Aspekte der Thüringer Landespolitik formell und offiziell zu ändern bzw. zu beenden. Deshalb möchten wir Sie bitten auf unsere Kernforderungen vom Juni 2017 einzugehen und diese bis zum Tag der Franken 2019 umzusetzen. Sehr gerne würden wir partnerschaftlich und gemeinsam mit Ihnen verkünden, dass die Thüringer Landespolitik zukünftig nicht mehr vor allem die kulturelle aber auch die historische Eigenständigkeit unserer Region südlich des Rennsteigs ignorieren und tabuisieren wird, so wie es uns bereits im Staatsvertrag zur Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920 zugesichert wurde. In diesem Sinne haben wir uns kürzlich in unserem Verein entsprechend abgestimmt, bis zur nächsten Thüringer Landtagswahl auf die Anwendung von juristischen Mitteln zur Schaffung von Präzedenzfällen im Interesse unseres Kernanliegens zu verzichten.

Für Rückfragen und persönliche Gespräche stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Anlagen

- Anschreiben samt Anlagen unseres Vereins vom heutigen Tage an das Hennebergische Museum, das Museum Schloss Bertholdsburg, das Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringens und die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten

Verteiler

- Thüringer Staatskanzlei und Thüringer Ministerium für Kultur, Thüringer Ministerium für Bildung, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Thüringer Landesvorsitzende von Die Linke, SPD, B'90/Die Grünen